

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
(23. Ausschuß)

über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Entwurf einer Entscheidung über die vorherige Prüfung und Beratung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten der EWG auf dem Gebiet des Verkehrs

— Drucksachen IV/34, zu IV/34 —

A. Bericht des Abgeordneten Haage (München)

Der von der Bundesregierung gemäß Artikel 2 Satz 1 des Gesetzes zu den Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vorgelegte Entwurf einer Entscheidung über die vorherige Prüfung und Beratung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Verkehrs — Drucksachen IV/34, zu IV/34 — wurde dem Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen am 5. Dezember 1961 bzw. am 12. Januar 1962 vom Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 — Drucksache 1187 — überwiesen.

Mit der vorliegenden Entscheidung soll verhindert werden, daß sich die nationale Verkehrsgesetzgebung auseinanderentwickelt. Die nationalen Regierungen sind verpflichtet, diejenigen Rechts- und

Verwaltungsvorschriften, die wesentliche Gebiete der Verkehrspolitik berühren, der Kommission sowie den anderen EWG-Staaten vorzulegen, die innerhalb einer Frist von 30 Tagen Stellungnahmen oder Empfehlungen an die betreffenden Staaten richten können.

Der Ausschuß hat die Vorlagen in seiner Sitzung vom 21. Februar 1962 beraten und die förmliche Verabschiedung zurückgestellt, um vorher einen Bericht der Bundesregierung über den Stand der europäischen Verkehrspolitik entgegenzunehmen. Dieser Bericht wurde am 3. Oktober 1963 vom Herrn Bundesverkehrsminister erstattet. Am 13. November 1963 hat der Ausschuß die Vorlage abschließend beraten und einstimmig beschlossen, dem Plenum des Deutschen Bundestages die Kenntnisnahme des Vorschlags zu empfehlen.

Bonn, den 14. November 1963

Haage (München)

Berichterstatler

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entwurf einer Entscheidung über die vorherige
Prüfung und Beratung von Rechts- und Verwaltungs-
vorschriften der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des
Verkehrs — Drucksachen IV/34, zu IV/34 — zur
Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 13. November 1963

**Der Ausschuß für Verkehr,
Post- und Fernmeldewesen**

Dr. Bleiß
Vorsitzender

Haage (München)
Berichtersteller